Nach all diesen Skandalen wurde eine Erhebung über Rechtsextremismus in der Bundeswehr geplant, diese sollte vom Kriminologen Christian Pfeiffer durchgeführt werden. Nach dem dieser sich allerdings in Zeitungen kritisch geäußert hatte und Vermutungen über Orgien innerhalb der Kasernen fallen ließ, fühlten sich die Truppen vorverurteilt und das Projekt wurde abgebrochen.

Eine Frage die man sich stellen könnte ist, warum das Projekt ganz abgebrochen wird und nicht ein anderer Kriminologe engagiert wird? Warum sind die verletzten Gefühle einiger Soldaten wichtiger als sicherzustellen, dass es innerhalb der Bundeswehr nicht noch mehr Menschen wie Franco A. gibt?

Die Bundeswehr ist jedoch nicht das einzige Sorgenkind, wenn es um die Entwicklung rechter Netzwerke geht. Auch die Polizei sorgte innerhalb der letzten Monate immer wieder für Schlagzeilen mit rechten Äußerungen. Sowohl Bundeswehr als auch Polizei unterstehen direkt dem Staat, die Angestellten dort sind verbeamtet. Eine direkte Verbindung von staatlichen Institutionen und faschistischer Bewegung zeigt sich hier ganz offen.

Seit Monaten werden klare Äußerungen zu diesen Vorfällen vermieden und Gegenmaßnahme halbherzig oder gar nicht durchgeführt. Die Politik scheint nicht nur auf dem rechten Auge blind zu sein, sie verhindert jegliche Aufklärung. Der Ruf nach Konsequenzen wird überhört und man versuchte so viele Skandale wie möglich zu vertuschen oder herunterzuspielen. Dafür müssen wir uns jetzt mit den neuen Polizeigesetzen, die uns angeblich mehr Sicherheit bringen sollen, herumschlagen. Polizeigesetze, die genau den Strukturen noch mehr Macht geben, die grade im Verdacht stehen, ihre rechten Mitglieder nicht zu verfolgen. Rechter Terror mit seinen Anhängern in den staatlichen Behörden und Strukturen muss endlich als das benannt werden, was er ist: Terrorismus! Und nur eine Bewegung auf der Straße kann hier etwas entgegensetzen, denn der Staat, der auf dem rechten Auge blind ist, wird es sicher nicht tun.

PERSPEKTIVE» ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

www.perspektive-online.net

fb.com/PerspektiveOn
t.me/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline

V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Frankfurter Str. 18
51065 Köln

PERSPEKTIVE» MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer *0151 75803785* einen Kontakt anlegen.

2. Nachricht per Whatsapp oder Telegram mit „Start“ schicken.

3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt auf‘s Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unsere Projekte umzusetzen und dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- Verteilen Sie selbst die Printausgabe von „Perspektive“ *perspektive-online.net/abo/*
- Schicken Sie uns Ihre eigenen Nachrichten, Berichte, Artikel und Kommentare. *info@perspektive-online.net*
- Werden Sie Mitglied im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“ *perspektive-online.net/verein/*
- Unterstützen Sie uns mit einer Spende. *perspektive-online.net/spenden/*

Bilder 1: https://www.flickr.com/photos/die_linke/30822439208 - CC BY 2.0
Bild 3: https://www.flickr.com/photos/gruenenrw/15797362877 - CC BY-SA 2.0

PERSPEKTIVE»
Zeitung für Solidarität und Widerstand

Perspektive Nr. 25 | April 2019 www.perspektive-online.net

Von Miethaien und kleinen Fischen

– von Enver Liria–

Für die meisten Menschen ist die Miete eine der größten regelmäßigen Ausgaben, die sie im Monat tätigen müssen.

Im Schnitt gibt jeder Haushalt mehr als ein Viertel des monatlich verfügbaren Einkommens an den Vermieter ab.

Die Vermieter sind immer häufiger große Immobilienkonzerne mit vielen tausenden Wohnungen. Ihr Kurs ist klar auf Expansion ausgerichtet: Mehr Wohnungen, mehr MieterInnen, mehr Miete. Dabei beißt sich ihr Interesse ganz klar mit dem Bedürfnis nach bezahlbaren Wohnungen.

Die Frage nach bezahlbarem Wohnraum beschäftigt die Öffentlichkeit immer mehr. In Berlin machte kürzlich die Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ von sich reden, als sie die Enteignung aller privater Wohnungsunternehmen mit mindestens 3000 Wohnungen forderte. Fast 55% der Berliner fänden die Enteignung richtig.

Hohe Profite mit der Miete

Diese Forderung kommt zu einer Zeit, in der in ganz Deutschland das Geschäft mit den Wohnungen boomt. So stieg zum Beispiel im letzten Jahr der Gewinn von Vonovia, Deutschlands größtem Immobilienkonzern, um fast 20%. Damit übersteigt der Profit des Immobiliengiganten zum ersten Mal die Milliardenmarke. Das reicht jedoch nicht: Die Miethaie haben Blut geleckt und der Auf-

kauf von weiteren Wohnungen ist schon geplant. Außerdem soll aus dem aktuellen Wohnungsbestand der maximale Profit rausgezogen werden, natürlich auf Kosten der MieterInnen. Dabei bedienen sich die Konzerne fast schon mafiöser Mittel.

Ein teurer Luxus

Eine der häufigsten Methoden der Mietsteigerung durch die Immobiliengiganten sind „Luxussanierungen“ und Modernisierungen, deren Kosten auf die MieterInnen umgelegt werden. So kann es gut und gerne zu Preissteigerungen von 30% kommen. Überaus lukrativ für den Konzern, sehr bitter und sogar existenzbedrohend für die MieterInnen. Dass in Folge dieser brutalen Mietsteigerungen Familien und langjährige BewohnerInnen des Viertels ihr Zuhause verlassen müssen, nehmen die Konzerne in Kauf.

Die „Modernisierungsprojekte“ halten dabei oft nicht was sie versprechen. Der Spiegel berichtete von einem Fall, wo die Mieten nach den Baumaßnahmen um rund 200 Euro erhöht wurden. Diese extreme Preissteigerung wurde mit der Reduktion der Heizkosten begründet. Ein billiger Vorwand, denn letztendlich sanken die Heizkosten nur um ein paar Cent.

Papiertieger gegen Miethaie

Während in den letzten Jahren die Mieten explodiert sind und viele Familien ihre Sachen packen mussten, hat die Politik nur zugesehen. Die sogenannte „Mietpreisbremse“, die von der Sozialdemokratie als Mittel gegen Gentrifizierung und Verdrängung gelobt wurde, entpuppte sich als Nebelkerze. Sie sollte Vermieter daran hindern, nach einem Mietwechsel den Mietpreis über 10 % der ortsüblichen Vergleichsmiete zu heben. Faktisch wurde dieser Wert oftmals einfach überschritten und die MieterInnen mussten es hinnehmen. Allzu oft standen die Haushalte alleine da, ohne irgendeine Form von Unterstützung aus der Nachbarschaft.

Zwangsräumung: Der Staat sichert die Profite

Die Mieterhöhung kam unerwartet, aus heiterem Himmel und genauso schnell musste die Wohnung auch geräumt werden. Allein in Köln sind im letzten Jahr mehr als 1700 Wohnungen geräumt worden, weil die BewohnerInnen die Miete nicht zahlen konnten. Der Staat fungiert hier als ausführende Macht im Interesse der Vermieter und der Immobilienkonzerne. Spätestens wenn die Polizei sich Zutritt zur Wohnung verschafft hat und die gepackten Koffer auf der Straße stehen, verpufft der Mythos der sozialen Marktwirtschaft. Es ist Zeit den Mythos hinter uns zu lassen und den Kampf um bezahlbare Wohnungen auf die Straße zu bringen.

Gegen die explodierenden Mieten, die insbesondere mit den Geschäftsmodellen von Großkonzernen wie Vonovia und Deutsche Wohnen zusammenhängen, sind für April bundesweit Demonstrationen angekündigt. So sind für den 6.4. in Berlin, Frankfurt, Jena, Köln, Leipzig, Münster, München und Stuttgart Proteste geplant.

Veränderung erkämpfen

Um effektiv gegen die Übermacht der Wohnungskonzerne vorgehen zu können, braucht es Strukturen der MieterInnen, die in der Lage sind, gemeinsam gegen diese Ungerechtigkeit vorzugehen. Statt weiter auf die Rettung durch PolitikerInnen zu hoffen, müssen wir uns zur Wehr setzen und unser Recht erkämpfen.

Die Miethaie haben mit Einzelpersonen leichtes Spiel. Doch wenn wir es schaffen uns zu einem großen Schwarm zusammenzuschließen und das Problem selbst in die Hand nehmen, werden wir nicht aufzuhalten sein.

Auf dem rechten Auge blind? Rechter Terror in Deutschland

– von Tabea Karlo–

Im Februar 2017, also vor etwas über zwei Jahren, erwischte man den Bundeswehroffizier Franco A. mit Waffen am Flughafen. Danach stellte sich heraus, dass er sich als syrischer Flüchtlinge ausgegeben hatte, vermutlich um einen Terroranschlag zu planen.

Bei ihm fand man damals eine Todesliste, auf ihr standen sowohl PolitikerInnen als auch eine Menschenrechtsaktivistin. Von diesem Fall haben wir sicher alle gehört, doch warum hole ich das jetzt wieder ans Tageslicht?

Da gibt es einige Gründe, beispielsweise wird kaum darüber gesprochen, was im Fall von Franco A. noch alles raus kam. Niemand spricht darüber, dass seine rechtsextreme Haltung in der Bundeswehr bekannt war und er nicht entlassen wurde, noch dass es niemals eine Verurteilung gab. Reichen eine falsche Identität, Waffenschmuggel und eine geführte Todesliste nicht aus, um sicher zu sein, dass es ernsthafte Tötungsabsichten gab?

Ebenso wird totgeschwiegen, dass sich ein weiterer Oberstleutnant des MAD (Militärischer Abschirmdienst) nun verantworten muss, da durch ihn die Ermittlungen maßgeblich behindert worden sein sollen. Er soll Personen aus dem Umfeld des Angeklagten, darunter auch Mitglieder des KSK (Kommando Spezialkräfte), über geplante Hausdurchsuchungen informiert haben. Im Zuge dieser Ermittlungen stieß man auf verschiedene Chatgruppen, in denen sich „Prepper“ organisierten - unter ihnen weitere Bundeswehrsoldaten und Mitglieder des Vereins „Uniter e.V“. Die Personen innerhalb dieser Gruppen sollen sich laut Focus auf einen sogenannten „Tag X“ vorbereitet haben, auch sie sollen Todeslisten geführt haben.

Zeugen sagten aus, dass es dazu Treffen gegeben haben soll, ebenso wären geheime Treibstofflager und Waffendepots angelegt worden.

Was sind Prepper?

Prepper kommt vom englischen Ausdruck „to be prepared“ (Dt. „bereit sein“) und bezeichnet Leute, die sich auf eine Katastrophe jeglicher Art vorbereiten in dem sie Nahrungsmittel, Schutzkleidung, Werkzeuge aber eben auch Waffen einlagern. Teilweise werden auch Schutzbauten wie Bunker errichtet. Besonders innerhalb rechter Kreise und der „Reichsbürgerszene“ werden Mitglieder häufig dazu aufgerufen, sich diesen Gruppierungen anzuschließen.